

Pressemitteilung vom Donnerstag, 30. Juni 2016

An die
Vertreterinnen und Vertreter der Presse

Stellungnahme der WIN-Fraktion zur möglichen Rechtswidrigkeit der Geschwisterkindregelung in der Elternbeitragssatzung der Stadt Nettetal

„Die Eltern sollten selbstverständlich die zu Unrecht gezahlten Beiträge zurück bekommen“, so Andreas Zorn, WIN-Stadtverordneter und Mitglied im Jugendhilfeausschuss. Er habe schon bei Beschluss über diese Regelung vor einem Jahr als einziger Politiker nachgefragt, ob sie mit negativen Auswirkungen für die Eltern verbunden sei. Dies war durch den Ersten Beigeordneten der Stadt Nettetal, Schönfelder, jedoch verneint worden.

„Nun traut der Erste Beigeordnete seinen eigenen Argumenten nicht mehr“, so der WIN-Fraktionsvorsitzende Hajo Siemes. In der Presse war zu lesen, dass er einerseits „aber immer noch nicht voll überzeugt“ sei, andererseits müsse er „davon ausgehen, dass sie (die Elternbeitragssatzung) gekippt würde“. Daher wolle Schönfelder auf „Nummer sicher“ gehen.

Dass den Eltern die Beiträge vom Zeitpunkt der möglichen, unrechtmäßigen Erhebung zurückgezahlt werden, sei für WIN klar. Streit herrsche unter den etablierten Fraktionen im Rat jedoch darüber, welches Formerfordernis die Eltern für eine Erstattung erfüllen müssen. „Die von Heymann (CDU) und Troost (FDP) geforderte Lösung, nur den Eltern, die formell Widerspruch eingelegt haben, das Geld zurück zu zahlen, entspricht nicht unserem Verständnis von Bürgernähe“, so der WIN-Stadtverordnete Bruno Schmitz. Auch die von Renate Dyck (SPD) und Guido Gahlings (Grüne) vorgeschlagene Lösung, pauschal das Geld zu erstatten, ohne dabei die Eltern zu informieren, findet WIN auch nicht bürgernah.

WIN geht davon aus, dass der Verwaltung die Anzahl der für eine Rückerstattung infrage kommenden Eltern bekannt ist. Daher sei natürlich auch die Aussage von Troost (FDP) völliger Unsinn, dass man nachrecherchieren müsse, „wen es alles betrifft“. In der Presse sei ja schließlich schon die Zahl von 55 genannt worden. „Ob den 55 Eltern, die für ein ganz zu befreiendes Geschwisterkind gezahlt haben, die Zusammenhänge bekannt sind, kann nicht zwingend vorausgesetzt werden“, sagt Andreas Zorn.

Deshalb schlägt WIN eine vermittelnde Lösung vor. „Alle 55 Eltern sollen von der Stadt angeschrieben und über den genauen Sachverhalt informiert werden“, so Siemes. Eine reine

Bekanntmachung in der Presse reiche heute nicht mehr aus und würde auch dem bisherigen Wirrwarr um die Elternbeitragssatzung nicht gerecht. Auf der Rückseite des Schreiben solle gleich ein Widerspruch formuliert werden, der nur zu unterschreiben sei. Der Widerspruch soll um die Alternative einer möglichen Verrechnung mit noch zu leistenden Geschwisterkindbeiträgen ergänzt werden.

„Durch ein solches Anschreiben werden die Erstattungsbeträge nicht nach dem Zufallsprinzip, wie die CDU und FDP es wollen, ausgezahlt“, meint Zorn. Schließlich könne eine mögliche, unrechtmäßige Zahlung der Eltern nicht davon abhängen, ob zufällig die Zeitung gelesen wird oder man zufällig Juristen in der Familie habe, die dann für die Eltern den Widerspruch formulieren. Auch diene ein solches Informationsschreiben der Entbürokratisierung, weil die betroffenen Familien nicht eigens einen Widerspruch formulieren müssen. Klar sei für WIN auch, dass die Geschwisterkinder von Vorschulkindern zukünftig gänzlich beitragsbefreit werden. Mit den „Leitziele 2015plus“ wurde im März 2012 im Rat u.a. auch beschlossen, städtische Entscheidungen und Entwicklungen grundsätzlich auf Familienfreundlichkeit auszurichten. Zorn dazu: „Dies hat für die WIN-Fraktion nach wie vor Geltung.“

"Es drängt sich der Eindruck auf, dass CDU und FDP mögliche Rückzahlungen in Höhe von maximal ca. 100.000 € wegen des klammen Haushaltes verhindern wollen" so die WIN-Stadtverordneten abschließend. Wäre das umfangreiche Konsolidierungspaket der WIN-Fraktion mit einer Reduzierung von 1,8 Mio. € auf der Ausgabenseite und einer Verbesserung der Einnahmenseite von 2,2 Mio. € im Dezember letztens Jahres verabschiedet worden, stünde man finanziell jetzt solide dar. Statt die finanzielle Belastungen breit auf möglichst viele Schultern zu verteilen, hat die CDU gemeinsam mit der SPD jedoch insbesondere die HundehalterInnen geschröpft. Auf der anderen Seite wurde der Kulturetat mal eben um 45.000 € für Honorare und Tantiemen erhöht. Weitere 23.500 € wurden für ein neues Ticketingsystem aus dem allgemeinen Haushalt entnommen, während es überall üblich ist, dass die Verkaufs- und Systemgebühren von den Nutzern getragen werden.

"Das Geld fehlt nun an allen Ecken und Enden", so Zorn, Schmitz und Siemes abschließend. Insofern hoffe man in der CDU und FDP wohl, dass einige Eltern das von ihnen geforderte Formerfordernis, einen eigenen Widerspruch zu formulieren, nicht erbringen.